

Anlage 8 zu VwV-LGVFG

Maßnahme

Korrespondenzanschrift des Antragstellers

Ort der Maßnahme

Wahlkreis

Regierungspräsidium

Für Rückfragen:

Bearbeiter/in: _____

E-Mail: _____

Telefon: _____

Telefax: _____

Aktenzeichen: _____

An das
Regierungspräsidium

**Zuwendungen des Landes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG);
ÖPNV-Programmanmeldung nach § 5 LGVFG**

Genauere Bezeichnung der Maßnahme

1. Gesamtkosten

	Euro	in v.H.
Gesamtkosten		
abzüglich Fremdmittel (Kredite), Mittel/Leistungen Dritter, beantragte sonstige öffentliche Zuwendungen		
zuwendungsfähige Gesamtkosten		
davon erforderliche Eigenmittel/Eigenleistungen		
davon Zuwendung des Landes Baden-Württemberg		

2. Voraussichtliche Landesfinanzhilfe für das angemeldete Vorhaben im Jahr

Jahr	20__	20__	20__	20__	20__	Summe
Summe in Euro						

3. Begründung

3.1 Beschreibung des Vorhabens (einschließlich Stand bau- und planungsrechtlicher Genehmigungsverfahren sowie Darlegung, ob und gegebenenfalls welche Zusammenhänge zwischen dem Vorhaben des ÖPNV und dem städtebaulichen Vorhaben bestehen und mit welchem Ergebnis die Vorhaben aufeinander abgestimmt sind, siehe VwV-LGVFG, Abschnitt B, Nummer II.3.2.6)

3.2 Erläuterungsbericht (Dabei ist insbesondere auf den Förderzweck und das Förderziel des Vorhabens sowie auf den tatsächlichen verkehrlichen Bedarf einzugehen. Weiterhin ist darzulegen, dass die Ziele der Raumordnung beachtet und deren Grundsätze sowie die Landesplanung berücksichtigt sind und das Förderprojekt in einem Generalverkehrsplan oder einem für die Beurteilung gleichwertigen Plan oder qualifizierten Fachkonzept oder in einem Lärmaktionsplan nach § 47 d BImSchG oder in einem Luftreinhalteplan nach § 47 BImSchG vorgesehen ist oder dass diese Voraussetzungen voraussichtlich zum Zeitpunkt der Förderung vorliegen werden. Die Belange von Natur und Landschaft dürfen dem Vorhaben nicht entgegenstehen, siehe VwV-LGVFG, Abschnitt B, Nummer II.3.2.6)

3.3 Weitere Angaben (siehe VwV-LGVFG, Abschnitt B, Nummer II.3.2.6)

3.3.1 Übersichtsplan des Vorhabens (mit Darstellung des Liniennetzes)

3.3.2 Baubeginn 20_____ bis Bauende 20_____

3.3.3 Kostenschätzung (in Anlehnung an die HOAI, Lph. 2 – Vorplanung)

3.3.4 Priorisierung bei mehreren Vorhaben einer Vorhabenträgerin beziehungsweise eines Vorhabenträgers

3.4. Finanzierungsplan (siehe VwV-LGVFG, Abschnitt B, Nummer II.3.2.6)

Betrag in 1.000 €

Eigenmittel, Eigenleistungen

Fremdmittel (Kredite) 1)

Mittel/Leistungen Dritter (ohne öffentliche Zuwendungen)

Beantragte sonstige öffentliche Zuwendungen

Voraussichtlicher Fördersatz nach LGVFG (50 % oder 75 %, siehe VwV-LGVFG, Abschnitt A, Nummer 5.2)

Voraussichtliche Planungskostenpauschale (10 % oder 15 %, siehe VwV-LGVFG, Abschnitt A, Nummer 5.4)

Beantragte Zuwendung

Summe

Gesamtkosten nach Ziffer 1

1) Gilt nicht für kommunale Körperschaften

Name

Datum, Unterschrift

4. Datenschutz

Das Ministerium für Verkehr verarbeitet Ihre personenbezogenen Daten im Rahmen des Verwaltungsverfahrens. Rechtsgrundlagen hierfür sind Art. 6 Abs. 1 e) DSGVO i.V.m. § 4 LDSG-BW und Art. 6 Abs. 1 a) DSGVO. Nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) besteht die Verpflichtung, Sie auf die Grundsätze des Ministeriums für Verkehr zur Datenverarbeitung hinzuweisen. Informationen des Ministeriums für Verkehr über Datenverarbeitungen und zum Datenschutz (Datenschutzinformation) sind unter folgendem Link abrufbar: <https://vm.baden-wuerttemberg.de/index.php?id=14414>. Auf Wunsch werden diese Informationen in Papierform übersandt.

Der Antragsteller willigt ein, dass die personenbezogenen Daten zur Vorgangsbearbeitung verwendet werden und bestätigt, dass er von der Datenschutzinformation Kenntnis genommen hat.

Datum, Unterschrift